

Über Gebühren statt über Gebühr?

Die Debatte um die Studiengebühren ist eröffnet. Josef Joffe, Leiter des außenpolitischen Ressorts der Süddeutschen Zeitung, plädiert für Studiengebühren zur Qualitätssicherung der Hochschulen. Klaus Luther, Referent der Arbeitsgruppe Bildung und For-

schung der SPD-Bundestagsfraktion, spricht dagegen. Der SPD-Vorschlag, ein Verbot von Gebühren im Hochschulrahmengesetz festzuschreiben, besitze sehr viel mehr als nur eine symbolische Bedeutung.

Wenn das Umsonst-Studium tatsächlich nur den Armen und Schwachen zugute käme, hätten wir längst Studiengebühren. Das Urproblem dieser Geisterdebatte ist die Zahl 85. Soviele von jeweils 100 Studenten entstammen nämlich den mittleren und höheren Schichten. Diesen Leuten aber nimmt der Staat ungestraft nichts weg. Sie wissen sich zu wehren, summieren sich auch zum millionenstarken Wählerpotential. Das neue Hochschulrahmengesetz hat denn auch die Studiengebühren wohlweislich ausgeklammert. Die Einführung wäre fast so gefährlich, wie sich mit Bauern und Kumpels anzulegen.

Das Schlagwort von der „sozialen Gerechtigkeit“ ist in diesem Fall nur ein Schlagwort, das die Debatte flugs beenden soll, wo sie beginnen müßte. Wer will schon als Milchgeld-Räuber dastehen, als Verächter von Witwen und Waisen? Tatsächlich aber liegt die Beweislast auf den Schultern jener, die den bequemen Status quo mit einem löchrigen moralischen Anspruch zu verteidigen suchen.

Kein Mensch würde vernünftigerweise gegen Stipendien für wirklich Bedürftige argumentieren, gerade in einer Gesellschaft, die gegenüber Geburtsprivilegien blind sein muß, um in jeder Generation so vielen wie nur möglich gleiche Startchancen zu verschaffen. Aber was ist gerecht daran, wenn einer mit 2500 brutto das Studium meiner Tochter mit seiner Lohnsteuer alimentieren muß? Nehmen wir die bescheidene Form der Studiengebühr, wie sie allenthalben diskutiert wird: 1000 Mark pro Semester. Das ist

eine halbe Woche in Antalya, das ist fünf bis sieben mal Essen gehen zu zweit. Und überhaupt nicht zu vergleichen mit den 5000 Dollar pro Jahr, die man bei einer amerikanischen Staats-Universität hinlegen muß, von den 20 000 Dollar in Harvard ganz zu schweigen. Wer also sagt, daß sich eine Familie mit mittlerem Einkommen 2000 Mark im Jahr nicht leisten kann, der sagt gleichzeitig, daß es ihr nicht zuzumuten sei, auf eine Woche Billig-Urlaub zu verzichten.

Soviel zu den Dimensionen dessen, was hierzulande reflexhaft als Anschlag gegen die Gerechtigkeit verdammt wird. Aber weiter. Ist es gerecht, wenn eine Gesellschaft just jene alimentiert (mit rund 17 000 Mark pro Jahr, das sind die Pro-Kopf-Ausgaben pro Student), die kraft Studium noch immer mehr Einkommen und Sozialstatus erwarten dürfen als die Unstudierten? Eine Sekretärin beginnt heute mit einem Anfangsgehalt von 3000 Mark, eine Diplom-Betriebswirtin mit 5000. In zehn Jahren wird die erste 6000 Mark verdienen, die zweite 10 000 oder gar 20 000. Warum sollte sie nicht im Vorgriff auf ihr künftiges Einkommen Studiengebühren zahlen?

Doch nicht nur um Gerechtigkeit geht es, sondern auch um die Qualität des Studiums und eine gewaltige Vergeudung kostbarer Ressourcen. Gebührenverächter sind Marktverächter. Doch hat längst auch der letzte Laie erkannt, daß sich an deutschen Universitäten eine mörderische Schere zwischen Angebot und Nachfrage aufgetan hat. Ein Seminar mit 100 Studenten ist keines

mehr, ein Lehrer für 200 Studenten spricht jeder Idee von Lehre Hohn. Selbst an einer staatlichen Massenhochschule wie der von Michigan liegt das Verhältnis bei 1 zu 15. Ein wenig Markt würde hier Wunder wirken.

Studiengebühren, auch wenn sie nur so hoch wären wie die finanziellen Vorteile eines Studenten (Mensa, Deutsche Bahn, Krankenversicherung), würden den „Kunden“ zu sorgfältigeren Prioritäten zwingen: Will er wirklich studieren oder nur die Finanz- und Statusvorteile des Studiosus genießen? Weniger Leiber im Hörsaal würden die Lehrqualität schon steigern. Zweitens würde das auch den MQ, den „Motivationsquotienten“, anheben. Denn was nichts kostet, so ist der Mensch gestrickt, ist ihm auch nicht viel wert. Doch ist Bildung ein kostbares Gut; sie darf nicht zur Lifestyle-Entscheidung werden.

Drittens, die Einnahmeseite, die zum Tragen käme, wenn (ein großes Wenn) die Länder nicht just das Geld kappten, das den Gebühren entspricht. Zur Zeit versuchen die Kultusminister, die wachsende Mittelknappheit mit einer geradezu aberwitzigen Methode zu beheben: Sie streichen die Lehrstühle und vernichten so jedes Mal ein Stück Lehrqualität. Mit Gebühren könnte die Hochschule den Verfall stoppen. Mehr Einnahmen bedeuten mehr Bücher, Lehrer und Labore. Auch das ist in Wahrheit nur erstes Semester Volkswirtschaft.

Hinzu käme ein lebenswichtiges Element der Konkurrenz. Die bessere Uni hätte mehr Studenten und mehr Ressourcen, die bessere

Professoren und wiederum bessere Studenten anziehen würden. Das würde die schlechteren Unis anspornen; es wäre das Ende der Behäbigkeit, die in allen gebührenfreien Ländern regiert, auch in Frankreich und Italien.

Und was ist mit den Bedürftigen? Die Frage beantwortet sich von selbst. In Harvard oder Yale bekommen rund 60 Prozent aller Studenten irgendeine Form der Zuwendung. Zu diesem Behufe müssen natürlich die Eltern ihre Einkommensverhältnisse offenlegen. Ist das unzumutbar? Ist es unzumutbar, wenn die Bessergestellten mit den vollen Gebühren die Ärmeren subventionieren? Daß dabei, wie man hierzulande gerne wähnt, in Amerika die „Ellenbogengesellschaft“ triumphiert, ist schlichtweg falsch. Dort studiert fast die Hälfte eines Jahrgangs, hier liegt die Quote bei rund 30 Prozent.

Wenn die deutsche Universität sich weiter zwischen den Mühlsteinen von zuvielen Studenten und zuwenig Ressourcen zerreiben läßt, wird sie den Lernenden die Humboldt-Universität nur vorgaukeln, um ihnen in Wahrheit ein „im Kern verrottetes System“ (Dieter Simon) anzubieten. Gebühren wären zumindest ein richtiger Schritt. Aber seit wann regiert die Vernunft, wenn eine so große Gruppe von Wählern ein so großzügiges Subventionssystem für die Mittelschicht opfern müßte?

JOSEF JOFFE

LICHT AM ENDE DES TUNNELS? Die Befürworter von Studiengebühren sehen darin ein probates Mittel zur Beseitigung der Hochschulmisere, die Gegner befürchten vor allem die Stabilisierung bestehender Eliten, Selektion von Bildungsangeboten und Mißbrauch bei der Gebührenverwendung.

Photo: David Ausserhofer